

Gelsenwasser fordert sofortigen Stopp der Erdgas-Bohrungen

Schwere Unfälle in den USA bei ähnlichen Vorhaben

Jürgen Polzin

New York. Gelsenwasser, der größte deutsche Wasserversorger, fordert von der Bundesregierung ein sofortiges Einschreiten gegen die geplante Erkundung von Erdgas-Vorkommen in Deutschland. „In den USA haben sich bei Bohrungen mit der Fracking-Technologie, bei der hochgiftige Chemikalien zum Einsatz kommen, schwere Unfälle ereignet. In dicht besiedelten Gegenden wie in NRW ist diese Technik ein nicht zu vertretendes Risiko“, sagte Manfred Scholle, Vorstandschef von Gelsenwasser, dieser Zeitung. Zum Schutz des Trinkwassers von Millionen Menschen müsse Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler unverzüglich EU-Recht umsetzen und die Unternehmen dazu verpflichten, weitreichende Umweltauflagen einzuhalten.

Scholle hatte sich mit einem Team von Wasserexperten während einer mehrtägigen Reise im US-Staat Pennsylvania bei Bürgern und Bohrfirmen über die Folgen des dortigen Erdgas-Booms informiert.

Anwohner von Bohrplätzen berichteten von gravierenden Unfällen, bei denen nach Bohrungen Erdgas und andere Schadstoffe ins Trinkwasser gelangt seien. Betroffene seien von den Bohrunternehmen eingeschüchtert und mit Geldzahlungen zum Schweigen verpflichtet worden. Vertreter der Gasbranche wiesen die Vorwürfe zurück.

»Die Folgen wird womöglich der Steuerzahler begleichen müssen«

„Was ich gesehen habe, hat meine Befürchtungen bestätigt“, entgegnete Gelsenwasser-Chef Scholle. Er forderte von den in Deutschland tätigen Unternehmen eine umfassende Offenlegung der Chemikalien, die bei Bohrungen zum Einsatz kommen könnten. Als größtes Problem sieht Scholle das seinen Worten nach ungelöste Problem der Reinigung der mit Giftstoffen versetzten Abwässer auf Bohrplätzen. „Wenn die Unternehmen dieses Thema nicht angehen,

brauchen wir über eine zukünftige Erdgas-Förderung nicht weiter zu reden.“

Die Erschließung von Erdgas-Reserven in Deutschland verspricht Milliardenprofit und gilt als Garant der zukünftigen Energieversorgung. In NRW sind auch wegen der Vorfälle in den USA derzeit alle Probebohrungen vorerst auf Eis gelegt. Bislang haben sich mehr als ein Dutzend Unternehmen die Rechte für die Erkundung von insgesamt 20 Lagerstätten gesichert, darunter ExxonMobil und die BASF-Tochter Wintershall. Die Gesamtgröße dieser Claims entspricht etwa der Hälfte der Landesfläche. Schwerpunkte sind das Münsterland und das südliche Ruhrgebiet. Genau dort aber liegen die Trinkwasserspeicher für rund fünf Millionen Menschen.

„Die Kläranlagen sind technisch nicht dafür ausgelegt, bestimmte Schwermetalle oder radioaktive Stoffe herauszufiltern“, warnte Scholle. „Die Folgen einer Verunreinigung des Wassers wird am Ende womöglich der Steuerzahler begleichen müssen.“